

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 221 September 2004

Ersatzwahlen für das Präsidium der Primarschulpflege: Lydia Hässig
«Für Blockzeiten habe ich mich von Anfang an
stark gemacht»



P.P. Uster

www.lydia-haessig.ch

Inhalt

Wahl Primarschulpräsidium: Wahlempfehlung für Lydia Hässig

Lydia Hässig – eine Person, die sich in Sachen Schule auskennt 3

Interview mit Lydia Hässig

«Für Blockzeiten habe ich mich von Anfang an stark gemacht» 4

Wahl Primarschulpräsidium: Lydia Hässig über das Modell SchülerInnen-Clubs

In Kinderbetreuungsangebote zu investieren, lohnt sich immer 6

Kant. Volksabstimmung: Ja zur Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle»

Armutsrisiko Kind? Schluss damit! 8

Eidg. Abstimmung: Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft

Pragmatische Lösung zum Wohle der Kinder 9

Kant. Abstimmung: Nein zum Sanierungsprogramm 04

Nicht am Volk vorbeisparen 10

Eidgenössische Abstimmung: 2mal Ja zu den Einbürgerungs-Vorlagen

Einheimische einbürgern 11

Veranstaltungskalender 12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 15 500
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
PC 80 – 13431 – 8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann,
Fredy Gut, Rolf Murbach,
Layout: Fredy Gut
Vertrieb: Stefan Feldmann
Druck: Ropress Zürich
Titelfoto: Ursula Markus

Editorial



Am nächsten Abstimmungssonntag haben Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, die Chance, sich gleich in mehrerer Hinsicht für die Interessen unserer Kinder einzusetzen, denn es stehen am 26. September eine ganze Reihe von Abstimmungen an, welche für Kinder und ihre Eltern von grosser Bedeutung sind.

Es beginnt mit der Abstimmung über den Erwerbsersatz bei Mutterschaft («Mutterschaftsurlaub»). Alle Kinder sollen einen guten Start haben. Dazu gehört, dass sich die Mutter in den ersten Wochen nach der Geburt ohne finanzielle Sorgen dem Kind zuwenden kann. Dies ist heute nicht überall der Fall. Gerade Mütter, die eine Pause dringend nötig hätten, sind heute aus finanziellen Gründen oft gezwungen, die Erwerbsarbeit unmittelbar wieder aufzunehmen. Die garantierte Lohnfortzahlung von 14 Wochen bringt hier eine markante Verbesserung und erfüllt überdies einen Verfassungsauftrag, der seit mehr als einem halben Jahrhundert in der Bundesverfassung steht (lesen Sie mehr auf Seite 9).

Mit der Absicherung nach der Geburt ist es aber noch nicht getan: Kinder haben ist heute in der Schweiz ein Armutsrisiko. Auch im Kanton Zürich: Von den fünf Prozent der Zürcher Bevölkerung die in Armut leben und den 22 Prozent der Bevölkerung, die armutsgefährdet sind, leben rund 60 Prozent in Paarhaushalten mit Kindern. Die Förderung von Familien ist deshalb ein dringendes aktuelles Problem. Eine Erhöhung der im Kanton Zürich vergleichsweise tiefen Kinderzulagen löst das Problem natürlich noch nicht, ist aber ein richtiger Schritt in die richtige Richtung (lesen Sie mehr auf Seite 8).

Und auch in Schulfragen stehen Weichenstellungen an: Zum einen ist die Schule durch das kantonale Sanierungsprogramm 04 betroffen, sollen doch beispielsweise Beiträge für den Stütz- und Förderunterricht massiv zusammengestrichen werden. Aber auch Jugend- und Kinderheime müssen massiv zurückbuchstabieren und kantonales Geld für die Alimentenbevorschussung steht künftig auch nicht mehr zur Verfügung (lesen Sie mehr auf Seite 10).

Zu einer Richtungswahl kommt es schliesslich bei der Wahl ums Ustermer Primarschulpräsidium. Die neue Schulpräsidentin wird einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Schule in unser wachsenden Stadt haben. Und da stellt sich die Frage: Wollen wir eine bürgerliche Schulpräsidentin, welche sich bislang kaum mit Schulfragen beschäftigt, sondern sich vor allem als Finanzpolitikerin profiliert hat und für eine Schule steht, die möglichst nichts kosten darf? Oder wollen wir eine Schulpräsidentin, die sich über viele Jahre mit der Schule auseinandergesetzt hat, welche die Schule aktiv gestalten will und als Mutter zweier Kinder die Bedürfnisse von Eltern und Kinder aus eigener Anschauung kennt? Für mich ist klar: Lydia Hässig ist die richtige Wahl für das Ustermer Schulpräsidium (lesen Sie mehr auf den Seiten 3 bis 7).

Stefan Feldmann

Wahl Primarschulpräsidium: Wahlempfehlung für Lydia Hässig

Lydia Hässig – eine Person, die sich in Sachen Schule auskennt

Liebe Leserin, lieber Leser

Ich bin ganzer Ihrer Ansicht: Die Politik hat in der Schule nichts zu suchen. Frei nach Joseph Beuys soll sich ein humane Gesellschaftsstruktur in drei Teile gliedern: Demokratie im Staatsleben, Sozialismus in der Wirtschaft und Freiheit im Geistesleben, d.h. auch im Schulwesen. Die Verantwortung für die Schule soll von denjenigen wahrgenommen werden, die auch dort arbeiten, also von den Lehrenden und den Lernenden. Und erfreulicherweise geht die allgemeine Schulentwicklung ja auch in diese Richtung: Am 21. November 2004 werden wir in Uster über einen Antrag der Primarschulpflege zur Einführung von geleiteten Schulen abstimmen können. Mit diesem Schritt werden viele Kompetenzen – und Verantwortungen! –, die jetzt noch von der Primarschulpflege wahr-

genommen werden, direkt in den einzelnen Schulhäusern zu den verantwortlichen SchulleiterInnen delegiert.

Alles in Ordnung, werden Sie also zu Recht sagen. Die Politik soll sich aus den Schulanlässen raushalten. Nur macht sie das leider nicht! Sie steuert nämlich – und dies, ganz überraschend im Zeitalter von wirkungsorientierter Verwaltungsführung (NPM) – nicht über Leistung, sondern ganz simpel über Ressourcen, d. h. über Geld. Was dann heisst: Die Schule muss günstiger werden. Also grössere Klassenzahlen, Abbau an Handarbeitstunden, keine neuen schulunterstützenden Angebote wie beispielsweise Schulsozialarbeit mehr, «Optimierung» der sonderpädagogischen Angebote und dergleichen mehr. Keine einzige kritische Frage zur Qualität des «Endprodukts» (sprich

SchulabgängerIn), sondern einfach Kürzung, Streichung, Abbau.

Was das alles mit der anstehenden Ersatzwahl für das Präsidium der Primarschulpflege zu tun hat, werden Sie fragen. Viel, sehr viel. Die Stadt Uster braucht für dieses Amt eine Person, die bildungspolitisch verantwortlich denkt und handelt. Eine Person, die sich in Sachen Schule auskennt, sich engagiert und sich begeistern lässt.

Lydia Hässig ist eine solche Person.

Näher kennen gelernt habe ich sie als Kollegin in der Geschäftsleitung der SP Uster. Es ist daher für mich sehr einfach, sie als offene, kompetente, kommunikative, schnell und klar denkende Frau zu beschreiben. Lydia Hässig ist aber noch viel mehr als das: Sie ist auch herzlich, charmant, gewinnend, optimistisch, zielorientiert und konsequent. Sie ist geradezu die Idealbesetzung für diese, alles andere als leichte Aufgabe. Sie wird den Spagat zwischen den Ansprüchen der Politik und denjenigen der Schule meistern können, da bin ich mir sicher. Als Historikerin ist sie es sich gewohnt, die Dinge mit etwas Distanz zu betrachten. Dies führt dazu, dass man auch im Umgang mit dem oft hektischen (Schul)Alltag die Übersicht nicht so schnell verliert. Diese spezifische Art von Souveränität, gepaart mit einem hohen Mass an Sozialkompetenz, prädestiniert sie für dieses Amt.

Liebe Ustermerin, lieber Ustermer – diese Ersatzwahl ist auch eine schulpolitische Richtungs- wahl. Es geht darum, welches der beiden Beine Schule und/oder Politik gestärkt werden soll. Mit Lydia Hässig stellt sich eine Frau zur Verfügung, die nicht nur dieser sehr anspruchsvollen Aufgabe gewachsen ist, sondern diese auch aktiv gestalten kann und auch wird. Sie wird dies mit Sicherheit nicht zum Nachteil der Schule machen. Dies führt zu der vielleicht etwas paradoxen Situation, dass ich – hier sprechend als Politiker – Ihnen eine SCHULpolitikerin zur Wahl empfehle. Schenken Sie Lydia Hässig das Vertrauen. Ich bin mir sicher, dass sie die Schulpräsidentin ist, die Uster braucht.

Herzlichen Dank!

Marc Meyer, Mitglied der GL SP Uster



Interview mit Lydia Hässig

«Für Blockzeiten habe ich mich



Lydia Hässig zur Motivation, warum sie am 26. September 2004 die neue Präsidentin der Primarschulpflege Uster werden will.

Am 26. September 2004 wählt Uster die neue Präsidentin der Primarschulpflege. Mit Lydia Hässig hat die SP Uster eine politisch erfahrene Persönlichkeit nominiert, die klare Vorstellungen hat, wie die Schule der Zukunft aussehen soll.

Interview: Marlies Hürlimann

Von 1994 bis 1998 warst du Gemeinderätin. Wo lagen deine politischen Schwerpunkte?

Ich habe mich vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik engagiert. Für Blockzeiten habe ich mich von Anfang an stark gemacht und massgeblich an der Einzelinitiative für flächendeckende Blockzeiten, die 1995 von der Elterngruppe «Pro Block» eingereicht wurde, mitgearbeitet. Als Co-Präsidentin der SP Arbeitsgruppe Schule habe ich das Schulleitbild der SP Uster verfasst, das 1996 über die Kantonsgrenzen hinweg auf Beachtung stiess und noch heute Gültigkeit hat. Parallel dazu habe ich als Gemeinderätin die Ausarbeitung eines Leitbilds für die Primarschule angeregt. Mit einem Postulat habe ich zudem die Abschaffung der Hausbesuche bei Einbürgerungen erreicht und auch das Thema

Stadtentwicklung hat mich interessiert.

Für die Schule hast du dich auch nach deinem Rücktritt stark engagiert.

Das war auch nötig. Nach der Blockzeiten-Initiative tat sich in Uster in Sachen Schulorganisation nur wenig. Nach einer Abschwächung der Initiative durch den Gemeinderat wurde nur an vereinzelten Schulhäusern und nur während jeweils drei Stunden Blockzeiten eingeführt. Im Kindergarten galt ein seltsames System von Kleingruppenunterricht oder Aufangzeiten, über das zudem in jedem Kindergarten individuell und jedes Jahr von Neuem entschieden wurde. Dann gab es nur einen Hort für Schulkinder mit einem Konzept, das den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern nicht wirklich entsprach. Mittagstische wurden nur an einzelnen Wochentagen in Schulhäusern mit Blockzeiten angeboten. Diese mangelhaften Angebote zwangen und zwingen Eltern zu permanenten Notlösungen. Ich habe deshalb eine Petition für Tagesstrukturen an den Ustermer Schulen gestartet. In nur vier Wochen hatten wir 400 Unterschriften zusammen, die wir der Primarschulpflege überreichten. Die Antwort

war durchwegs abschlägig. Das war im Jahr 2000.

Nun willst du zurück in die Politik. Ist dies ein Eingeständnis, dass man als Privatperson zu wenig erreichen kann?

Nein, ich bin der Meinung, dass ein politisches Engagement als Privatperson durchaus etwas bringt. Es ist sogar sehr wichtig, damit die amtierenden Politikerinnen und Politiker sehen, welche Bedürfnisse ihre Wählerschaft hat. Zudem kann man als Privatperson freier handeln und auch mal eine unkonventionelle Aktion starten.

Was ist deine Motivation für das Amt?

Das Präsidium der Primarschulpflege ist eine Herausforderung, der ich mich stellen möchte. Es ist eine wichtige, interessante und sinnstiftende Tätigkeit. Das öffentliche Parkett reizt mich. Ich bin bereit, Führungsarbeit zu leisten und von der Arbeit im Hintergrund in den Vordergrund zu treten.

Die Primarschulpflege war öfters in den Schlagzeilen. Die Mitglieder arbeiten viel. Wie willst du für eine nachhaltige Entlastung sorgen?

Man muss sehen, dass die Primarschulpflege in den letzten Jahren sehr vieles in die Wege geleitet. Sie hat gute Arbeit geleistet. Zu oft wird nur von den Fehlern gesprochen. Hier möchte ich mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit eine Imagekorrektur vornehmen.

Die effektive Entlastung der Schulpflege ist schon aufgegleist. An der neuen Präsidentin liegt es, für die konsequente Umsetzung der beschlossenen Behörden-Reorganisation zu sorgen. Noch nicht abgeschlossen ist die Integration in den Stadtrat. Eine nachhaltige Entlastung erhoffe ich mir durch Geleitete Schulen.

Auch das Sekretariat ist überlastet. Welche Lösungsansätze siehst du?

Das Schulsekretariat muss ein professionell geführtes Dienstleistungszentrum werden, das während der ganzen Woche und auch mal abends und über Mittag geöffnet ist. Doch dazu müssen die Stellen aufgestockt werden. Das Pflichtenheft des Schulsekretärs gehört überprüft. Rückstände aus früheren Jahren müssen endlich aufgearbeitet werden. Wenn nötig kurzfristig mit zusätzlichem Personal. Durchaus denkbar ist auch eine Internetseite mit installier-

von Anfang an stark gemacht»

Einladung zum Pausengespräch

9. September 2004, 20 Uhr, im frjz, Jugend- und Freizeithaus, Zürichstr. 30, Uster:

Lydia Hässig stellt ihre Schulpolitik vor und beantwortet Fragen aus dem Publikum.

tem Onlineschalter, wo Eltern sich Auskünfte selber besorgen können.

Und wie stellst du dir die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften vor?

Ich werde sie als Berufsleute ernst nehmen, eine klare und offene Kommunikation pflegen und auch den Kontakt zum Volksschulamt intensiv pflegen.

Eltern stellen hohe Anforderungen an die Schule und Schulpflege. Wie stellst du dich dazu?

Alle Eltern wünschen sich für ihre Kinder eine erfolgreiche Schulzeit und gute Startmöglichkeiten für das Berufsleben. Das kann ich als Mutter absolut nachvollziehen. Auf diese Bedürfnisse muss die Schule eingehen und Antworten liefern. Doch ist für mich klar, dass die Lehrpersonen die Fachleute sind. Als Eltern muss man manchmal halt auch einen unliebsamen Entscheid akzeptieren. Die Vermittlerrolle zwischen Lehrkräften und Eltern ist eine Aufgabe der Schulpflege. Für Eltern ist es wichtig, Schuleinteilungen früh zu kennen, für die Or-

ganisation der Betreuungssituation, des Familienalltags und damit sie mögliche Rekursfristen auch wahrnehmen können. Mit einer möglichst transparenten und frühzeitigen Kommunikation gegenüber den Eltern kann die Schulpflege nur gewinnen.

Die Mittel der Primarschulpflege sind begrenzt. Sind Reformen überhaupt möglich?

«Gute Bildung als Basis für die Zukunft» ist einer der elf Schwerpunkte des Stadtrates (Führungsinstrument, Juni 2003). Welche Inhalte hinter dieser Aussage stecken, sagt der Stadtrat nicht. Die Schule muss sich entwickeln, genauso wie sich Kinder auch entwickeln. Ich bin für eine stetige Modernisierung der Schule. Dazu brauchen wir Mittel. Das heisst nicht, dass es kein Sparpotenzial gibt. Neuerungen verursachen am Anfang oft einen Mehraufwand. Die Kostenersparnis zeigt sich erst langfristig. Die Geleiteten Schulen sind so ein Beispiel. Für diese und für die Teilnahme von Uster am Versuch für die Grundstufe werde ich mich einsetzen.

Als Primarschulpflege-Präsidentin würdest du zur Chefin über 23 Schulpflegemitglieder und rund 100 Lehrkräfte. Welchen Führungsstil pflegst du?

Ich bin offen gegenüber Neuem. Mit klaren Zielen will ich motivieren und zur Mitarbeit anregen. Das eigene Handeln muss mit den Aussagen übereinstimmen. Nur wer authentisch ist, kann andere begeistern. Ich verstehe Führung

Lydia Hässig, geboren 1960, Mutter von zwei Kindern (8 und 3 Jahre), ist in Uster aufgewachsen und lebt mit ihrer Familie am Talweg. Sie hat eine Ausbildung als Krankenpflegerin und hat lange im Spital Uster gearbeitet. Nach der Matura auf dem zweiten Bildungsweg hat sie Geschichte studiert (lic. Phil. I) und an der Berufsschule Uster unterrichtet.

Mehr auf: www.lydia-haessig.ch

auch als Präsenz: Ansprechperson zu sein, eine Vermittlerrolle einnehmen und ein Klima der Offenheit und des Vertrauens schaffen.

Deine Gegenkandidatin ist seit 1994 ununterbrochen im Gemeinderat. Ist dies ein Nachteil für dich?

Nein. Dass ich selber nicht mehr im Gemeinderat bin, hat auch Vorteile: Ich bin nicht so stark involviert und als frische Kraft sucht man eher nach einem neuen Weg. Die politischen Prozesse sind mir dennoch vertraut, aus meiner Arbeit in der Kulturkommission und als Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster.

Die neue Primarschulpflege-Präsidentin hat gute Chancen, Stadträtin zu werden.

Zunächst liegt mein Fokus auf dem Schulpräsidium, doch bin ich bereit, mich auch dieser Herausforderung zu stellen.

Die anderen Parteien unterstützen die Gegenkandidatin. Wie beurteilst du deine Wahlchancen?

Als absolut intakt. Ausserhalb der Parteien wissen viele nicht, wer im Gemeinderat sitzt. Viel wichtiger ist die lokale Verwurzelung. Ich wohne seit meinem zweiten Lebensjahr praktisch ununterbrochen in Uster und habe 15 Jahre am Spital Uster gearbeitet. Als Mutter einer schulpflichtigen Tochter verfüge ich über ein breites Netzwerk. Ausschlaggebend wird sein, wie viele Wählerinnen und Wähler ich unter den Eltern und den neu zugezogenen Familien mobilisieren kann. Viele kommen aus der Stadt Zürich, wo sie sich gewohnt sind, Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren.

Welches ist deine grösste Stärke und Schwäche?

Meine grösste Stärke ist die Sicht fürs Ganze. Meine Schwäche: Ich kann manchmal etwas ungeduldig sein.



Wahl Primarschulpräsidium: SP-Kandidatin Lydia Hässig über das Betreuungsmodell «SchülerInnen-Club»

In Kinderbetreuungsangebote zu

Sobald ein Kind eingeschult wird, in den Kindergarten oder die erste Klasse kommt, stellt sich für erwerbstätige Eltern unweigerlich die Frage nach der Betreuung. Und diese zu organisieren ist auch heute noch alles andere als ein leichtes Unterfangen. Uster hat im Bereich des ausserschulischen Betreuungsangebots Nachholbedarf. Nachholbedarf, der zum Beispiel mit sogenannten SchülerInnen-Clubs geschlossen werden könnte.

Von Lydia Hässig,
Kandidatin für das Primarschul-Präsidium

Im Schulbereich ist das Angebot in Uster alles andere als attraktiv. An dieser Stelle im Detail ausführen zu wollen, was es bedeutet, wenn beispielsweise zwei Familien die Betreuung ihrer Kinder koordinieren müssen, würde zu weit führen. Aber man kann sich gut vorstellen, dass es einiges an Organisationsgeschick verlangt, wenn die Betreuung der Schulkinder wechselseitig übernommen werden soll, die Stundenpläne aber komplett unterschiedlich sind, wenn auch Geschwister im Vorschulalter vorhanden sind, deren Krippentage ebenfalls mit der Präsenz beziehungsweise mit der Erwerbstätigkeit der Eltern übereinstimmen müssen.

Kontinuität der Bezugspersonen für Kinder wichtig

Im Vorschulbereich vermögen die in Uster bestehenden Krippen die Nachfrage einigermaßen zu decken, doch gibt es auch hier lange Wartelisten. Eltern müssen Übergangslösungen suchen, mit Grosseltern, Nachbarinnen, indem sie in Nachbargemeinden ausweichen oder gezwungenermassen die Erwerbstätigkeit reduzieren. Da die Kontinuität von Bezugspersonen vor allem für Kleinkinder sehr wichtig ist, streben jedoch alle Eltern von Anfang an eine konstante Betreuungssituation an. Übergangslösungen sind hingegen immer nur Notlösungen.

Für Schulkinder gibt es in Uster zwei Horte und als weitere Möglichkeiten der Tagesmütterverein, welcher Tagesmütter vermittelt sowie den sCHOOL LUNCH. Letzterer bietet jedoch nur in einzelnen Schulhäusern und nicht an allen Wochentagen eine Mittagsbetreuung an. Die Betreuungsangebote bestehen nicht in allen Quartieren gleichermassen und sind deshalb nicht für alle Eltern nutzbar. Immerhin sind die

Der SchülerInnenclub ist auch im Internet erreichbar
unter www.schuelerinnenclub-uster.ch

Stundenpläne ab dem neuen Schuljahr in Uster beinahe flächendeckend in Form von dreistündigen Blockzeiten koordiniert. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genügt dies allerdings noch nicht.

Uster braucht ausserschulische Tagesstrukturen

Von einigen betroffenen Eltern wurde deshalb Ende letzten Jahres der Verein «SchülerInnenclub-Uster» gegründet. Dieser Verein hat die Förderung zur Einführung von flächendeckenden ausserschulischen Tagesstrukturen in Uster und den Zusammenschluss aller interessierten Eltern und Betreuungspersonen zum Ziel. Die Forderung: Die Stadt Uster soll Tagesstrukturen anbieten.

Nach eingehender Diskussion kamen die InitiantInnen zum Schluss, dass die Angebote eines SchülerInnenclubs die Bedürfnisse der Kinder und die von erwerbstätigen Eltern am Besten abdecken. Ähnlich wie Horte bietet ein SchülerInnenclub morgens vor der Schule, über Mittag und nach der Schule Betreuung an. Die Angebote sind flexibel nutzbar, auch nur sporadisch und somit auch für nichterwerbstätige Mütter attraktiv. Wichtig ist die Lage: Gute aus-

erschulische Betreuungsangebote müssen dezentral in den Schulanlagen selbst gelegen sein. Grosser Wert wird in SchülerInnenclubs auf die Professionalität der Betreuungspersonen gelegt. Es muss sich um ausgebildetes Fachpersonal handeln, denn es geht nicht einfach darum, Kinder zu hüten, es handelt sich um eine grössere Gruppe von altersdurchmischten Kindern mit unterschiedlicher sozialer Herkunft. Das braucht pädagogische Anleitung durch eine Fachperson, die aber durchaus von Laien unterstützt werden kann.

Das alles kostet. Während des jetzigen Spardiktats werden Angebotsausweitungen nur ungern in Angriff genommen, wenn überhaupt. Die Stadt Uster hat allerdings ein Aufholbedürfnis. Leider war es in den finanziell starken Jahren versäumt worden, im Betreuungssektor auch nur für ein minimales bedürfnisgerechtes Angebot zu sorgen.

Investitionen lohnen sich

Doch gibt es einige gute Gründe, die dafür sprechen, auch in finanzschwachen Zeiten Betreuungsangebote zu realisieren. Oft stellt sich der Spareffekt später ein. Jeder in Betreuungsinstitutionen investierte Franken fließt drei- bis

investieren, lohnt sich immer

vierfach in die Gemeindekasse zurück. Nämlich durch höhere Steuereinnahmen und eingesparte Sozialhilfe, weil die berufstätigen Mütter, seien sie alleinerziehend oder nicht, zu einem höheren Familieneinkommen beitragen können.

Eine Stadt wie Uster könnte sich mit einem Ausbau der Betreuungssituation als attraktive Gemeinde für erwerbstätige Paare mit Kindern und für Unternehmen profilieren. Der Anfang Jahr durch den Kanton erhobene Betreuungsindex, fiel für Uster unterdurchschnittlich aus. Der jährlich erhobene Index bietet einen systematischen Überblick über das Betreuungsangebot in Zürcher Gemeinden. Er dient u.a. Familien als Orientierungshilfe für die Wahl des Wohnorts. Gute Betreuungsangebote sind also ein Standortvorteil.

Ein weiterer Grund, Investitionen in diesem Bereich jetzt zu tätigen, ist das Impulsprogramm des Bundes. Zeitlich begrenzt gibt es in den nächsten Jahren für jeweils zehn neue Betreuungsplätze Bundessubventionen. Davon sollte die Stadt Uster profitieren

Auch pädagogisch von Nutzen

Auch die Lehrerschaft realisiert langsam, dass Tagesstrukturen für den Schulalltag Einiges bringen. Der Aargauische LehrerInnenverband hat dieses Jahr eine Volksinitiative zur kantonalen Einführung von Tagesstrukturen initiiert. Sie streichen die pädagogischen Vorteile heraus: Mit Tagesstrukturen wird eine «Lese-welt» geschaffen, die es den Kindern erleichtert, einen Zugang zum Lesen zu finden. Kinder mit Deutsch als Zweitsprache werden besser integriert. Mit Tagesstrukturen können viele Kinder ihre Aufgaben unter Aufsicht machen, was durchaus Sinn macht, denn vielen Eltern ist es ab der Mittelstufe nicht mehr möglich, ihren Kindern bei den Aufgaben zu helfen. Bei qualitativ guten Tagesstrukturen wird ein positiver Effekt auf die schulischen Leistungen beobachtet. Diese Kinder haben bessere Chancen auf eine gute Bildung, haben später ein höheres Gehalt und bezahlen mehr Steuern. Die Gemeinde hat dagegen weniger Aufwendungen für schulische Fördermassnahmen und Integrationsprogramme.

Sozialpolitisch wäre es gleichsam kurzfristig bei den Betreuungsstrukturen zu sparen. Auch in Uster gibt es immer mehr Familien, die aus wirtschaftlichen Gründen auf die Erwerbstätigkeit

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.schuelerinnenclub-uster.ch/about.asp?Vorstand>. The page title is 'SchülerInnenclub Uster :: Über uns : Der Vorstand'. The main heading is 'zur Förderung der ausserschulischen Betreuung'. Below this is a navigation menu with links: Home, News, Über uns, Beitritt, Kontakt, FAQ, Agenda, Lese-Ecke, Links. The main content area is titled 'Über uns : Der Vorstand' and features a 'Navigation ...' sidebar with links: Ziele - Mitglied werden, Wir über uns - Der Vorstand, Statuten, Vereinsadresse - Kontakt. The board members are listed under 'Co-Präsidium' and 'Vorstandsmitglieder'.

Co-Präsidium	
 Wolfgang Harder (1968) Jurist und Rechtsanwalt 2 Kinder, 2 und 4 Jahre	 Lydia Hässig (1960) Historikerin 2 Kinder, 7 und 2 Jahre
Vorstandsmitglieder	
 Yvonne Locher (1965) Sekundarlehrerin 1 Kind, 1 Jahr	 Erika Müller (1965) Architektin 2 Kinder, 5 und 1 Jahre
 Karin Niedermann (1964) Gesundheitswissenschaftlerin/ Physiotherapeutin 3 Kinder, 5, 3, 1 Jahre	 Monica Spohn (1966) Med. Praxisassistentin 2 Kinder, 1 und 3 Jahre

Der Vorstand des SchülerInnenclub

beider Eltern angewiesen sind oder Einelternfamilien, die mit nur einem Einkommen auskommen müssen. Schulkinder bleiben dann häufig unbetreut, werden zu sogenannten «Streetkids» oder «Schlüsselkindern».

Skandinavien machts vor

Auch in Bezug auf die demografische Entwicklung macht es keinen Sinn, Kinderbetreuungseinrichtungen nicht zu verwirklichen: Wenn Frauen vor die Wahl gestellt, Kinder oder Beruf, sich immer häufiger gegen Kinder entscheiden, wirkt sich das auf die Altersstruktur negativ aus. Die Wirtschaft wiederum muss bei einem qualitativ guten Betreuungsangebot nicht auf gut ausgebildete Frauen verzichten, und diese haben bessere Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten,

weil sie beruflich nicht pausieren müssen, wenn sie Mütter werden. Das Gleiche gilt für teilzeitlich erwerbstätige Väter.

Über wirksame Familienförderung lässt sich nicht streiten: Betreuungseinrichtungen für Vorschul- und Schulkinder sind ein Teil davon. In Kinderbetreuungsangebote zu investieren lohnt sich immer und die gesamte Gesellschaft profitiert. Ein Blick nach Skandinavien zeigt uns, dass das Modell Zukunft hat: Die skandinavischen Länder weisen im internationalen Vergleich gute Noten auf. Das zeugt mitunter auch von einer langfristig angelegten Familienpolitik mit gut ausgebauten Betreuungsstrukturen.

Mehr Informationen zum Verein SchülerInnen-Club Uster: www.schuelerinnenclub-uster.ch

Kant. Volksabstimmung vom 26. September: Ja zur Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle»

Armutsrisiko Kind? Schluss damit!

Kinder haben ist heute in der Schweiz ein Armutsrisiko. Auch im Kanton Zürich: Von den fünf Prozent der Zürcher Bevölkerung die in Armut leben und den 22 Prozent der Bevölkerung, die armutsgefährdet sind, leben rund 60 Prozent in Paarhaushalten mit Kindern. Die Förderung von Familien ist deshalb ein dringendes aktuelles Problem. Eine Erhöhung der im Kanton Zürich im Vergleich tiefen Kinderzulagen löst das Problem natürlich noch nicht, ist aber ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Von Kaspar Rutishauser



Die Familienarmut nimmt in der reichen Schweiz bedenkliche Ausmasse an: Das Kinderhaben ist zunehmend ein Armutsrisiko! Immer mehr Familien leben in prekären finanziellen Verhältnissen – mit entsprechend negativen Folgen für die Entwicklung der Kinder. Aber Familienarmut ist bloss die Spitze des Eisbergs: In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat die finanzielle Belastung der Familien mit Kindern insgesamt stark zugenommen. Steigende Mieten für Familienwohnungen und unablässig zunehmende Auslagen für Krankenkassenprämien sind nur zwei Faktoren. Selbst für Familien des Mittelstandes bedeutet das Kinderhaben eine enorme finanzielle Belastung. Es erstaunt daher nicht, dass die Geburtenrate auf 1,4 Kind pro Schweizer Familie gesunken ist (2,1 Kinder wären rechnerisch für eine konstante Bevölkerung nötig).

Zürich: Teures Pflaster - Zulagen

Bei den Kinderzulagen besteht in unserem Kanton ein echter Handlungsbedarf: Zürich bewegt sich im schweizerischen Vergleich immer noch im hinteren Mittelfeld. Das ist ungenügend und ungerecht, wenn man bedenkt, dass die Lebenshaltungskosten im Kanton Zürich besonders hoch sind. Kinderzulagen in der Höhe eines Viertels der monatlichen AHV-Mindestrente,

Die Zukunft der Familie sichern: Bei Kinderzulagen besteht im Kanton Zürich dringender Handlungsbedarf.

d.h. von 270 Franken pro Kind, trägt dem zürcherischen Preis-Niveau angemessen Rechnung.

Im Mai 2002 wurden letztmals die Kinderzulagen von 150 auf 170 Franken, bzw. auf 195 Franken für Kinder in Ausbildung angehoben. Diese Kinderzulagen-Revision wog seit der vorhergehenden Anpassung der Zulagen gerade mal die Teuerung auf. Obwohl die Förderung der Familien als Problem anerkannt wird, glauben die bürgerlichen Parteien im Zürcher Kantonsrat weiterhin einen familienpolitischen Minimalismus vertreten zu können. Damit wurde eine Chance zu einer zukunftsorientierten Familienpolitik verpasst!

Kinderzulagen: Ein Modell für die Zukunft

Die Städteinitiative, ein Zusammenschluss der SozialvorsteherInnen der grössten Schweizer Städte, hat die Zulagen als effizientes familienpolitisches Mittel erkannt. Sie fordert deshalb Kinderzulagen, welche «den Familien eine spürbare Verbesserung bringen». Sie fordert rund 250 Franken, was genau dem Niveau der Zulagen unseres Nachbarkantons Zug entspricht. Seit der Einführung der Kinderzulagen wurde der Arbeitgeberbeitrag kontinuierlich

von 1,7 auf 1,3 Lohnprozente verringert. Das letzte Mal im vergangenen Jahr, die Beiträge wurden um 13,3 Prozent gesenkt! Keine kantonale Familienausgleichskasse hat heute einen so tiefen Beitragsatz wie jene des Kantons Zürich. Kurz es findet ein schleichender Abbau der Kinderzulagen statt! Mit der Initiative werden die Kinderzulagen – wie die AHV – automatisch der Teuerung angepasst, eine drohende, langsame Entwertung wird so gestoppt.

Kein Finanzierungsproblem

Die wachsende Produktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich sowie die zunehmende Erwerbsquote der Frauen würden viel höhere Kinderzulagen zulassen, als dies die Initiative mit 250 Franken pro Kind fordert. Trotzdem wird behauptet, die Arbeitgeberbeiträge für die Kinderzulagen würden dem Wirtschaftsstandort Zürich schaden. In Wirklichkeit wird sich aber der Kanton Zürich bezüglich des Beitragsatzes im schweizerischen Vergleich lediglich im vorderen Mittelfeld einreihen. Der Kanton Zürich kann und muss sich höhere Kinderzulagen erlauben. So gesehen, ist die Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle» eine massvolle Forderung, die am 26. September ein Ja verdient.

Eidg. Abstimmung vom 26. September: Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft

Pragmatische Lösung zum Wohle der Kinder

Dass die Schweiz einen Mutterschaftsurlaub einführen soll, steht seit mehr als einem halben Jahrhundert in der Verfassung. Jedoch sind bis heute alle Anläufe gescheitert, diesen Auftrag, den das Schweizer Volk der Politik gegeben hat, auch zu erfüllen. Jetzt gibt es einen weiteren Anlauf, einen Anlauf mit einer Variante, die aus sozialdemokratischer Sicht eine Minimalvariante ist, mit der aber auch gemässigte Bürgerliche leben können. Ein Kompromiss also, der eine Mehrheit finden könnte, mehr noch: finden muss.

Von Patricia Stocker

Alle Mütter, die im Verlauf ihrer Schwangerschaft während mindestens fünf Monaten erwerbstätig waren, haben künftig während 14 Wochen nach der Geburt Anrecht auf eine Lohnfortzahlung von 80 Prozent des versicherten Lohns. Damit wird eine stossende Gesetzeslücke geschlossen. Während die einen Frauen schon heute Anrecht auf einen mindestens 14wöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaub haben (v.a. Frauen, die in der Verwaltung arbeiten oder in Betrieben mit einem Gesamtarbeitsvertrag), reisst bei beinahe der Hälfte der Mütter eine Geburt ein riesiges Loch ins Portemonnaie.

Ein guter Start für jedes Kind

Egal, welche Lebensform Eltern wählen oder wählen müssen: Alle Kinder sollen einen guten Start haben. Dazu gehört, dass sich die Mutter in den ersten Wochen nach der Geburt ohne finanzielle Sorgen dem Kind zuwenden kann. Dies ist heute nicht überall der Fall. Gerade Mütter, die eine Pause dringend nötig hätten, sind heute aus finanziellen Gründen oft gezwungen, die Erwerbsarbeit unmittelbar nach dem achtwöchigen Arbeitsverbot wieder aufzunehmen. Die garantierte Lohnfortzahlung von 14 Wochen bringt hier eine markante Verbesserung. Die Geburtenrate in der Schweiz ist sehr tief und sinkt weiter. Immer mehr junge Paare verzichten auf Kinder. Dies vor allem, weil sie nicht

Kathrin Schmid Zwysig, Projektmanagerin, Uster:
// **Wachsende Bäuche brauchen Sicherheit.**

Ja zur Mutterschaftsversicherung am 26. September 2004.



Alle Kinder sollen einen guten Start haben. (Bild: Kino-Dia der SP Uster)

sehen, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Aber auch viele Paare, die bereits Eltern sind, fühlen sich von der Gesellschaft alleine gelassen. Ein Ja zu einem bezahlten Mutterschaftsurlaub ist deshalb auch ein wichtiges Signal. Wir zeigen damit, dass wir als Gesellschaft bereit sind, einen Teil der Lasten, welche Kinder mit sich bringen, mit zu tragen.

Arbeitgeber werden finanziell entlastet

Die Lohnfortzahlung wird über die Erwerbsersatz-Kasse finanziert. In diese zahlen alle Erwerbstätigen (auch die Frauen!) 0,3 Prozent ihres Lohnes ein. Wurde bisher daraus nur die Lohnfortzahlung der Militärdienstleistenden bezahlt, soll neu auch im selben Umfang eine Lohnfortzahlung für Mütter nach der Geburt finanziert werden. In den ersten drei Jahren reicht das Geld aus dem EO-Fond. Ab ca. 2008 braucht es eine Erhöhung der Lohnabzüge um 1 Promille von 0,3 auf 0,4 Prozent und ab ca. 2011 ein weiteres Promille auf 0,5 Prozent.

Viele Arbeitgeber bezahlen schon heute Mutterschaftsleistungen. Sei es freiwillig oder aufgrund von Gesamtarbeitsverträgen oder im Falle des Staates aufgrund des öffentlichen Personalrechts. Diese Kosten belaufen sich auf 350

Mio. Franken pro Jahr. Wenn nach der Revision alle erwerbstätigen Mütter Anrecht auf einen 14wöchigen Erwerbsersatz haben, werden die Kosten für den bezahlten Mutterschaftsurlaub auf 483 Millionen Franken anwachsen. Da diese aber künftig von den Arbeitnehmenden und den Arbeitgebenden je zur Hälfte finanziert werden, werden die Arbeitgeber künftig nur noch rund 240 Mio. Franken aufwenden müssen. Damit werden sie – selbst nach einer Anhebung der EO-Beitragssätze von heute 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent im Jahre 2011 – jährlich um mindestens 100 Millionen Franken entlastet.

Schluss mit Polit-Spielchen

Sollte dieser Kompromiss vor dem Volk erneut scheitern, wird das politische Gezänk weitergehen. Etwa nach dem Muster der SVP: Bei der letzten Vorlage kritisierte sie, dass auch Mütter, welche vor der Schwangerschaft keiner Erwerbsarbeit nachgingen, ebenfalls in den Genuss des bezahlten Mutterschaftsurlaubs kämen. Jetzt wo diese Forderung erfüllt ist, verlangt sie wieder genau das Gegenteil. Solchen Spielchen macht man am besten am 26. September den Garaus: Mit eine Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft.

SP
Die Sozialpartei

Kant. Abstimmung vom 26. September: Nein zum Sanierungsprogramm 04

Nicht am Volk vorbeisparen



In der Kasse des Kantons Zürich klafft wegen einer schlechten Wirtschaftslage und einer verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik, die sich in den letzten Jahren vor allem durch eine systematische Entlastung der Wohlhabenden auszeichnete, ein ziemliches Loch. Der Regierungsrat will nun sparen, total 2,6 Milliarden Franken. Den grössten Teil davon kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz beschliessen, nur zu einem kleinen Teil kann die Bevölkerung seine Meinung sagen. Mit anderen Worten: In der angeblich besten Demokratie der Welt wird am Volk vorbeigespart.

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat,
Mitglied der Finanzkommission

Etwas zugespitzt kann man sagen, dass die Finanzen des Kantons Zürich von zwei Faktoren abhängig sind: Einerseits von der wirtschaftli-

chen Situation, andererseits von der politischen Grosswetterlage. Die wirtschaftliche Entwicklung und die bürgerliche Finanzpolitik der letzten Jahre hat sich nun zu einer Gewitterlage zusammengebraut, die sich jetzt mit Blitz und Donner in Form eines Milliarden-Sparprogramms entlädt.

Folgen der Stüürgschänkli-Politik

Nach einem kurzen wirtschaftlichen Hoch Ende der 1990er Jahr ist die wirtschaftliche Situation auch im Kanton Zürich nicht mehr so rosig wie ehemals. Für den Kanton hat dies zur Folge, dass die Steuererträge in den letzten Jahren zurückgingen, teilweise sogar richtiggehend eingebrochen sind. Gleichzeitig hat der Kanton auch neue Aufgaben übernommen, zum einen weil ihn der Bund durch seine Sparmassnahmen dazu zwingt, zum andern weil ihm die

Stimmberechtigten neue Aufgaben übertragen, denken wir zum Beispiel an das Ja der Stimmberechtigten zur Initiative für höhere Krankenkassenprämien. Diese an und für sich schon schwierige Situation haben die bürgerlichen Parteien in einer wahren «Stüürgschänkli»-Manie noch weiter verschlimmert: Mit unzähligen Steuergesetzänderungen (z.B. die teilweise Abschaffung der Erbschaftssteuer) und mehrere Steuerfussenkungen (in 20 Jahren 20 Prozent) haben sie dem Kanton massiv Mittel entzogen. Profitiert haben vor allem die Wohlhabenden, unter den jetzt drohenden Sparmassnahmen werden aber vor allem die unteren und mittleren Einkommen, zu leiden haben.

Besonders verantwortungslos war dabei die letzte Steuerfussenkung: Im Dezember 2002 senkten FDP und SVP den Steuerfuss um 5 Prozent, obwohl schon damals absehbar war, dass der Kanton Zürich in den nächsten Jahren

saftige Defizite schreiben würde. Diese Senkung brachte das Fass zum Überlaufen: Der Regierungsrat war durch die Schuldenbremse gezwungen, ein Sparpaket in der Höhe von 2,6 Milliarden Franken zu schnüren.

Paket nicht tragbar

Der SP ist es im Verbund mit gemässigten Bürgerlichen zwar gelungen im Kantonsrat dem Sparpaket den ärgsten Giftzahn zu ziehen: die Abschaffung der AHV/IV-Beihilfen. Doch auch danach ist das Paket, schlicht nicht tragbar. Zum einen sind die gesetzten Sparschwerpunkte (Stütz- und Förderunterricht, Kinder- und Jugendheime, Alimentenbevorschussung, Vollzug Umweltschutz) aus sozialer und ökologischer Sicht nicht zu goutieren. Zum anderen ist das Paket aus Sicht der Gemeinden nicht akzeptabel: Von den 232 Millionen, über die wir abstimmen, werden effektiv nur 104 Millionen beim Kanton eingespart, 128 Millionen werden einfach die Gemeinden berappen müssen. Und schliesslich ist das Paket auch finanzpolitisch nicht tragbar: Die bürgerlichen Parteien haben bei der Beratung der Vorlage im Kantonsrat durch die Ablehnung der Massnahmen, die dem Kanton mehr Mittel gebracht hätten, bewiesen, dass es ihnen gar nicht um eine Sanierung des Finanzhaushaltes geht, sondern um eine Verteidigung ihrer «Politik der leeren Kassen».

Initiative unterschreiben

Störend an der Vorlage, über welche wir am 26. September abstimmen, ist der Umstand, dass darin nur ein kleiner Teil der vom Regierungsrat genehmigten Massnahmen enthalten sind. Zum weitaus grösseren Teil hat das Volk nichts zu sagen. Um dies zu ändern, hat die SP im Juni am Parteitag die Lancierung einer Initiative «Mitsprache des Volkes bei Sparmassnahmen» beschlossen, welche garantiert, dass die Zürcher Stimmberechtigten über alle als notwendig erachteten Einschnitte in die staatlichen Leistungen abstimmen können. Falls auch Sie wollen, dass der Kanton künftig nicht mehr am Volk vorbeisparen kann, so sagen Sie am 26. September Nein zum Sanierungsprogramm 04 und unterschreiben Sie die Initiative «Mitsprache des Volkes bei Sparmassnahmen».

Unterschriftenbogen erhalten Sie jederzeit auf dem SP-Sekretariat: Tel. 01 245 90 00 oder per Mail spkanton@spzuerich.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 26. September: 2mal Ja zu den Einbürgerungs-Vorlagen

Einheimische einbürgern

Ein Viertel der ständigen ausländischen Bevölkerung ist in der Schweiz geboren und hat hier die Schulen besucht. AusländerInnen sind sie nur noch auf dem Papier. Sie sind Einheimische ohne politische Rechte. Ihre Heimat ist die Schweiz. Sie sprechen Dialekt. Sie sind SchweizerInnen ohne Schweizer Pass. Es geht nicht an, sie einem langen, komplizierten und unsicheren Verfahren zu unterwerfen. Daher sollen sie die Möglichkeit haben, in einem erleichterten Verfahren eingebürgert zu werden.

Von Beatrice Bartholdi-Schwyn

Was wäre die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft ohne Murat oder Hakan Yakin? Oder was wäre die Junioren-Nationalmannschaft ohne Goran Antic oder Milos Malenovic? Wohl kaum amtierender Europameister der U17-Fussballer. Gar 8 von 18 Mitgliedern der U19-Nationalmannschaft, welche im Juli im eigenen Land um die europäische Krone in ihrer Altersklasse mitspielte, stammen aus Migrations-Familien. Sie alle zeigen: Ausländische Kinder, die hier geboren sind, fühlen sich als Schweizer, identifizieren sich mit unserem Land, sprechen unsere Sprache. Und auch wenn nicht alle so gut Fussball spielen wie die Yakins: Sie haben das Recht auf einen erleichterten Zugang zu unserem Bürgerrecht.

14 Kantone kennen schon heute die erleichterte Einbürgerung für junge Secondos, darunter auch der Kanton Zürich. Diese Regelungen haben sich bewährt. Mit der Revision würden in der ganzen Schweiz die gleichen Bedingungen für Jugendliche der zweiten und dritten Generation gelten und die stossenden Unterschiede von Kanton zu Kanton ausgemerzt. Endlich gäbe es keine Benachteiligungen mehr, nur weil man in einem «falschen» Kanton wohnt.

Zwar ist in der parlamentarischen Debatte das ursprünglich vorgesehene und nötige Beschwerderecht bei negativen Einbürgerungsentscheiden aus der Vorlage gekippt worden, dennoch stellt die Revision des Bürgerrechtsgesetzes einen grossen Schritt in die richtige Richtung dar. Mit der Annahme der Revision würden die Stimmberechtigten ein grundsätzlich neues Signal aussenden, das längerfristig die gesamte migrationspolitische Diskussion in der Schweiz positiv beeinflussen könnte.

Die USA für einmal als Vorbild

In der Schweiz werden jährlich rund 25000 ausländische Kinder geboren, deren Mütter oder Väter bereits in der Schweiz aufgewachsen sind und deren Grosseltern in die Schweiz migrierten. Diese Kinder, die 3. Generation, sollen kein Gesuch mehr stellen müssen. Auch diese Schweizer sollen das Bürgerrecht bei Geburt erwerben, so wie in anderen Ländern: In der USA werden alle in den Staaten geborenen Kinder automatisch eingebürgert. Und das obwohl auch die Amerikaner glauben, ihr Bürgerrecht sei wertvoller als jedes andere auf der Welt. Warum sollen wir SchweizerInnen ihnen es für einmal nicht gleich tun?

Nicht weil viele Menschen einwandern gibt es in der Schweiz viele Ausländerinnen, sondern weil nur wenige eingebürgert werden. Mit der erleichterten Einbürgerung und dem Bürgerrechtserwerb für die dritte Generation wird der Ausländeranteil in der Schweiz markant sinken. Mit den beiden Revisionen werden überfällige und selbstverständliche Änderungen vollzogen. Mit zwei Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen stärken wir die schweizerische Gesellschaft.

Abstimmungsparolen der SP Uster

Bund

Ja zur erleichterten Einbürgerung junger AusländerInnen der 2. Generation

Ja zum Bürgerrechtserwerb von AusländerInnen der 3. Generation

Weil hier aufgewachsene Menschen, die nur noch auf dem Papier AusländerInnen sind, ein Recht auf ein einfacheres Einbürgerungsverfahren haben.

Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft

Weil sich so Mütter in den ersten Wochen nach der Geburt ohne finanziellen Sorgen ganz den Kindern widmen können (lesen Sie Seite 9).

Ja zur Volksinitiative «Postdienst für alle»

Weil so der Service Public bei den Postleistungen gesichert wird.

Kanton

Ja zur Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle»

Weil so die Familien auch im Kanton Zürich wirksam entlastet werden können (lesen Sie Seite 8).

Nein zum Sanierungsprogramm 04

Weil die Sparübung aus sozialer und ökologischer Sicht nicht akzeptabel ist und zu einer Mehrbelastung der Gemeinden führen wird (lesen Sie Seite 10).

Stadt

Wahl Primarschulpräsidium Uster:

Lydia Hässig (als Mitglied und Präsidentin)

Veranstaltungskalender

26.09 DEPUIS QU'OTAR EST PARTI

Julie Bertucelli F/Georgien 2003, F d 102'
Die betagte Eka, ihre Tochter und ihre Enkelin wohnen in der georgischen Hauptstadt Tiflis unter einem Dach. Die Lebensumstände der drei Frauen sind nicht einfach...
18.30 / 21 h im Qtopia

26.09 Abstimmungswochenende

Detaillierte Informationen in diesem FORUM oder im Internet unter www.sp-uster.ch

03.10 Kino - GEGEN DIE WAND

Fatih Akin D 2004, D 121'
Mit 40 Jahren beschliesst der desillusionierte Alkoholiker Cahit, der als Deutsch-Türke in Hamburg lebt, seinen Wagen in selbstmörderischer Absicht frontal gegen eine Betonwand zu setzen...



18.30 / 21.15 h im Qtopia

03.10 Kufki - Der gestiefelte Kater

Ein Grimm-Märchen
Im Jahre 1697 schrieb ein bis dahin noch ziemlich unbekannter Autor, der sein Brot als Verwalter im Bauamt des französischen Königs verdiente, eine Geschichtensammlung, die einen Platz in der Weltliteratur erhalten sollte.
11.00h

07.10 JazzClub - Alice Day

Mit: Alice Day (voc), Miguel de La Cerna (p), James Stephen Kessler (b), James Martin (dr, perc), Ernst Gerber (ts)
20:30 Uhr im JazzClub

10.10 Kino - NICOTINA

Hugo Rodriguez Mexiko 2003, Port. d/f 92'
Eine ziemlich schräge Geschichte, die sich der Mexikaner Hugo Rodriguez da ausgedacht hat...
18.30 / 21 h im Qtopia

17.10 HALLELUJA!

DER HERR IST VERRÜCKT
Alfredo Knuchel CH 2004, D 87'
Regisseur Alfredo Knuchel wird anwesend sein. Er steht zwischen den beiden Vorstellungen (von 20.30 bis 21.00 Uhr) Red und Antwort.
Künstler wie Adolf Wölfli, Robert Walsler oder Friedrich Glauser haben einen Teil ihres Lebens in der psychiatrischen Klinik Waldau bei Bern verbracht. Hier versucht man seit langem, den Patienten künstlerische Freiräume zu gewähren, ihr kreative Potenzial zu fördern...
18.30 / 21 h im Qtopia

21.10 Harald Haerter - Ellery Eskelin

Mit: Harald Härter (g), Ellery Eskelin (ts), Flo Stoffner (g), Patrice Moret (b), Marcel Papaux (dr)
Harald Haerter studierte Anfang der achziger Jahre am Berkeley Collage bei John Scofield. Sein energisches Gitarrenspiel ist mal funkig, mal bluesig, mal free...
20:30 Uhr im JazzClub

24.10 Kino - VERFLIXT VERLIEBT

Peter Luisi CH 2004, D 92'
Ein argentinischer Biologiestudent verliebt sich in eine junge Schauspielerin und schlägt aus einem Missverständnis Kapital, um ihr nahe zu sein...
18.30 / 21 h im Qtopia



31.10 Kino - AMANDLA!

Lee Hirsch Südafrika 2002, Orig. d/f 108'
Der Dokumentarfilm «Amandla!» blendet zurück auf 40 Jahre Kampf gegen die Rassentrennung in Südafrika...
18.30 / 21 h im Qtopia

04.11 Markus Hauser

Mit: Mark Hauser (sax), Heriberto Paredes (p), Loris Peloso (g), Markus Fischer (b), Georgios Mikrozis (perc), Andreas Schnyder (dr)
Im Projekt «Tango y Boleros» werden lateinamerikanische Musik und Jazz in perfekter Art zu einem neuen, grossartigen Musikerlebnis zusammengefügt...
20:30 Uhr im JazzClub

07.11 «Mit Pfyffe und Trompete»

Ein Kasperlistück
Der Kasperli kommt mit viel Musik und Humor. Im Park einem Kurortes bekommt er es mit breitmäuligen Monster zu tun. Ein Monster, das alles frisst, was es vorfindet...
11.00h

11.11 Demierre - Guy - Niggli

Mit: Jacques Demierre (p), Barry Guy (double-bass), Lucas Niggli (dr, perc)
Dieses Hochenergie - Trio pflegt einen absolut entstaubten Umgang mit der belasteten und doch grossartigen Besetzungs-Formel des Jazz...
20:30 Uhr im JazzClub



18.11 Martin Buergi's Latin Jazz Project

Mit: Martin Bürgi (ts), Julio Barreto (dr), Franck Tortiller (vib), Dudu Penz (b) . Martin Buergi's Latin Jazz Project heisst das jüngste «Kind» des Saxophonisten Martin Buergi. Die erst seit letztem Herbst existierende Band erntete in den Medien bereits höchstes Lob...
20:30 Uhr im JazzClub

05.12 «Melvin» eine Engelsgeschichte

Melvin - ein kleiner Engel der Grosses leistet: So schrecklich gern hätte der kleine Engel Melvin einen eigenen Himmelsstern gehabt, um den er sich liebevoll kümmern könnte!
11.00h

11.12 A. Escher's Symmetric Outlaw

vom gesetzlosen Unbewussten
Mit: Achim Escher (sax), Roberto Domeniconi (p), Urban Lienert (b), Luca Ramella (dr)
Symmetric Outlaw spielt ausschliesslich eigene, sehr komplexe Kompositionen. Man findet darin kompliziert erscheinende aber verwunderlicherweise tanzbare, asymmetrische und polyrhythmische Muster...
20:30 Uhr im JazzClub

16.12 Backyard Blues Connection

Mit: Werner Tank (g, voc), Konrad Meyer (keyb, voc) Lorenz Marti (b, voc), Beat Binder (dr, voc)
Die vier Musiker Werner Tank (guit, voc) Konrad Meyer (keyb, voc) Lorenz Marti (bass, voc) und Beat Binder (drums, voc) spielen den Sound, den sie in ihrer Jugend aufgesogen haben - den Blues...
20:30 Uhr im JazzClub

02.01. «Ooruk, das Robbenkind»

Wimme kommt nach einer erfolglosen Jagd am Abend zu einem Felsen, auf dem eine Frauengestalt tanzt. Es ist eine Seehundfrau, die für eine Weile ihr Fell auszieht und Menschengestalt annimmt...

06.02. «Muggestutz, de Haslizweg»

Abenteuer auf dem Zwergenweg
3. Theatersonntag
Muggestutz, der älteste Haslizweg, macht sich auf, um ein Geschenk für seine Frau Raurinde zu suchen. Auf dem Zwergenweg trifft er seine Zwergenfreunde und erlebt allerlei Abenteuer.
11.00h



**Bioladen
pffelbaum**

Zentralstr. 18, Uster

Aktionen, Neuheiten ...
jetzt den regelmässigen Newsletter bestellen: newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Gratis-Laveré-Beratung
Natürliche Anti-Ageing-Pflege
Donnerstag, 2. September 2004
9:00 bis 12:15 Uhr

XXXVII Congresso FCLIS

(Federazione Colonie Libere Italiane in Svizzera)

Capisco che leggendo il titolo vi venga voglia di cambiare argomento, ricorda molti noiosi resoconti del PC cinese o sovietico di brezneviana memoria, ma non è così! Il 25 aprile, in una bella mattinata di sole, siamo partiti in tre da Uster, in rappresentanza della colonia locale alla volta di Bex (canton Vaud).

Claudio Marseglia

Bex è stata scelta perché il canton Vaud ha concesso il diritto di voto e di eleggibilità agli emigranti; noi non abbiamo approvato la scelta della sede sia perché era troppo lontana da raggiungere, ma anche perché, secondo la CLI di Uster, occorreva creare un evento mediatico là dove gli emigranti questi diritti ancora non ce l'hanno! Dopo aver celebrato il 25 aprile, giorno della liberazione dell'Italia dal nazifascismo, con l'intervento di una signora sopravvissuta agli orrori di quei tempi, si è passati alla relazione del Presidente della FCLIS Claudio Micheloni sullo stato della Federazione delle CLI e sulle prospettive future: Il nostro Presidente ci ha comunicato che finanziariamente stiamo meglio di prima, grazie anche alla sottoscrizione fra le singole Colonie, ma mancano entrate sufficienti per mantenere in vita la Federazione così come è strutturata. Ci sono state animate discussioni nella CLI di Uster, il caro Micheloni aveva detto: O ci finanziate o chiudiamo la FCLIS! Il Consiglio della Colonia di Uster si è spaccato: C'era chi ha voluto fortemente votare un finanziamento alla Federazione e chi, come il sottoscritto, ha obiettato che quei soldi ci servivano per le nostre attività in loco (leggi fotocopiatrice, telefono, affitto, etc.) e che comunque il finanziamento sarebbe stato un palliativo, un prolungamento dell'agonia; il prossimo anno la situazione si ripresenterà e allora? Vogliamo finanziare una Federazione così com'è? È un lusso che non possiamo permetterci! Io sono del parere che dobbiamo tornare al volontariato, anche perché il progresso ci offre soluzioni che i Padri fondatori non avevano (posta elettronica, fax, computer, etc.) che consentono un notevole risparmio di tempo, spazio e.. denaro.

Vogliamo dire la nostra!

Al Congresso si è parlato dei traguardi raggiunti in questi anni, si è parlato di naturalizzazioni facilitate, di diritto di voto attivo e passivo, della politica d'integrazione del governo svizzero,

italiano ed europeo; si è parlato delle politiche che questi governi intraprendono nei confronti degli emigranti ed abbiamo deciso che vogliamo dire la nostra! Vogliamo essere consultati perché noi rappresentiamo la memoria storica dei primi emigranti, con i loro problemi, le loro motivazioni, i loro traguardi, i loro bisogni! È nostra ambizione partecipare, in qualche modo, ai processi decisionali sulla genesi delle politiche future nel campo dell'integrazione per evitare che si commettano gli stessi errori che tanto hanno vessato l'italiano emigrato. In Italia le cose procedono come al solito alla carlona, con provvedimenti d'emergenza, leggi inutilmente punitive e vessatorie, a questo scopo rivendichiamo una Carta europea dei diritti e dei doveri dei migranti in cui sia sancito il diritto dei cittadini dell'Unione Europea e non, al diritto a pari opportunità, all'inclusione sociale, alla solidarietà, che rappresentano le fondamenta di una Europa dei cittadini e dei lavoratori.

Il mio commento personale

Penso, e parlo a titolo personale, che il tutto debba essere supportato da proposte concrete e condivisibili, tenendo conto della difficile situazione economica e politica; a tal fine ritengo che sia meglio perseguire una politica di piccoli passi. Ritengo che sia delittuoso aprire indiscriminatamente le frontiere a falsi rifugiati politici perché oltre a colpire i lavoratori in loco (vedi, ad esempio, la pressione sui salari che ha permesso da un lato ai proprietari l'utilizzo dei nuovi arrivati per mantenere basso il livello retributivo e dall'altro costringerli a sopportare carichi di lavoro sempre maggiori per poi rimanere a casa nei momenti di bassa congiuntura; si è assistito in molti casi al licenziamento di lavoratori con salari relativamente alti per poi riassumerli col salario decurtato di qualche centinaio di franchi o peggio!

Daltro canto accettando l'arrivo dei nuovi venuti si colpisce i Paesi di provenienza, perché li si priva di una forza lavoro giovane, il più delle volte qualificata; credo che sarebbe meglio, se si vuole veramente aiutare i Paesi in via di sviluppo, investire in loco, creare le premesse di un vero sviluppo là dove il bisogno diventa impellente, tutto questo accadrebbe con costi finanziari minori, senza lo strazio di famiglie divise, a volte per sempre, con i problemi ed i costi che l'integrazione comporta ridotti di parecchio.

Lydia Hässig

La nostra candidata per il presidio della «Schulpflege» di Uster

Lydia Hässig è nata nel 1960, ha due bambini di 8 e 3 anni, è cresciuta a Uster e abita con la sua famiglia al Talweg. Ha avuto una formazione da infermiera e ha lavorato diversi anni all'ospedale di Uster. Dopo la maturità, conseguita in una scuola per adulti, ha studiato storia (lic.Phil.I) e insegna ora alla Berufsschule di Uster.

Lydia Hässig si impegna da oltre 10 anni per la scuola di Uster

- Co-fondatrice dell'iniziativa per gli orari fissi (Blockzeiten-Initiative), 1995
- Co-presidente del gruppo interno del SP «Scuola», 1997- 2002
- Co-autrice del «Schulleitbild» del SP di Uster, 1996
- Iniziante della petizione per le strutture di doposcuola, 2000
- Iniziante e co-presidente dell'organizzazione «Club degli allieve e delle allieve» di Uster
- Consigliere comunale (1994-1998) e membro della Commissione Cultura e perciò abituate ad agire in processi politici
- Insegnante e perciò a conoscenza dei bisogni dei suoi colleghi e delle sue colleghe
- Persona aperta e comunicativa, capace di fare da tramite tra i diversi rappresentanti di interessi

L'unione fa la forza

Riprendo, adesso, quello che negli ultimi tempi è un pensiero ricorrente: Perché negli ultimi anni i doveri dei lavoratori lievitano continuamente ed i diritti al contrario diminuiscono? Leggo con piacere che i sindacati svizzeri mirano a creare un sindacato unico, UNIA, con una forza contrattuale rappresentata da 200.000 iscritti; si va, finalmente, nella direzione giusta, «l'unione fa la forza», recita un vecchio detto. È un mio auspicio che si continui su questa via, sarebbe auspicabile che la sinistra ed i sindacati tagliassero finalmente l'iniziativa ad una destra egoista e proponessero un'integrazione europea basata maggiormente sui principi di solidarietà e di maggiore eguaglianza sociale per poi far valere questi stessi principi in una globalizzazione dal volto più umano.

Teoria e realtà sugli accordi Bilaterali EFTA - EU

Come ben sapete sono alcuni anni che sono stati firmati gli accordi bilaterali tra la EFTA (European Free Trade Association, ovvero Associazione europea di libero scambio), di cui fanno parte la Svizzera, l'Irlanda, il Liechtenstein, la Norvegia e i paesi membri europei EU.

In teoria sembra abbastanza chiaro ciò che concerne i differenti articoli tra EFTA e EU, però in pratica la faccenda si presenta molto più complicata.

Bene incominciò che un bel giorno che il Signor Nicola, italiano in pensione, residente in Svizzera, decide di passare il periodo estivo in Italia per alcuni mesi. Nel frattempo riceve all'indirizzo svizzero l'invito di portare al controllo la propria autovettura allo «Strassenverkehrsamt» per un'ispezione tecnica.

Il signor Nicola sa che con gli accordi bilaterali si può fare una richiesta speciale allo «Strassenverkehrsamt» per fare il collaudo in Italia, dove risiede per il periodo estivo.

Preparando una semplice lettera in cui si dichiara il motivo del perché la propria autovettura si trova in Italia lo «Strassenverkehrsamt» rilascia un documento ufficiale con gli accordi (EFTA/EU), di portare entro quattro mesi la propria autovettura alla Motorizzazione o un garage dell'Unione Europea che abbia l'autorizzazione per il collaudo. Tutto questo tipo di pratica si risolve qui allo Strassenverkehrsamt del Cantone di Zurigo in giornata, senza nessun problema burocratico.

Il problema incomincia in Italia quando il nostro signor Nicola per prima cosa prende contatto con un rappresentante della casa automobilistica della propria autovettura spiegandogli che dovrebbe portare la propria autovettura per il collaudo.

Il proprietario del garage nel primo tempo dubita, non

sapendo come comportarsi, perché si trova davanti a se un'auto con targa estera.

Dopo due giorni di telefonate tra il garage e la Motorizzazione della provincia sembra che questo garage sia autorizzato a eseguire il collaudo di auto con targhe estere.

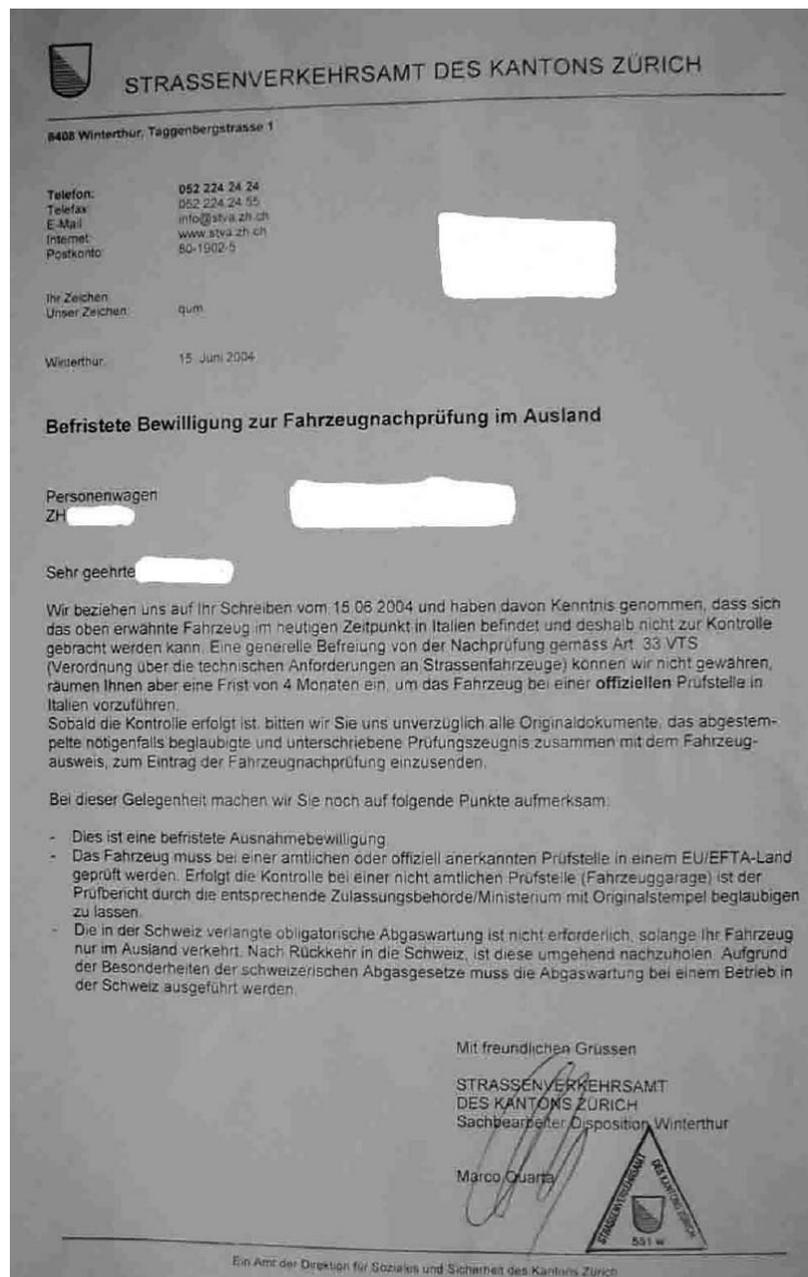
Pero la verità viene fuori nel momento in cui si il signor Nicola richiede la fotocopia della autorizzazione del garage da inviare in un secondo tempo allo «Strassenverkehrsamt». Solo adesso si viene a sapere che il garage in effetti non è autorizzato a eseguire il collaudo alle auto con targhe estere.

Intanto per tutto ciò è passata una settimana.

Allora il nostro signor Nicola si reca direttamente alla Motorizzazione, facendo direttamente lì la domanda per un collaudo. Nonostante presenti i documenti necessari, la Motorizzazione si rifiuta, affermando che della lettera scritta, firmata e timbrata dello «Strassenverkehrsamt» in lingua Tedesca non capivano niente, dunque doveva presentare una versione in italiano. È da premettere che la lettera dello «Strassenverkehrsamt» era intestata a Nicola, non alla Motorizzazione che avrebbe dovuto eseguire il collaudo.

In Svizzera il signor Nicola fa tradurre la lettera in italiano da alcune persone competenti. Tornato in Italia, presenta ancora una volta alla Motorizzazione la versione in italiano. A questo punto questa pretende che si vada da un notaio per confermare la firma di chi ha fatto la traduzione in italiano, con carta da bollo e ancora spese di euro 25 da sopportare.

La morale della storia è che la richiesta di Zurigo è stata fatta in data 15 giugno e l'autovettura è stata portata al collaudo il 16 luglio. Tutto ciò mi lascia il dubbio se veramente abbiamo fatto un passo avanti con gli accordi bilaterali tra i paesi EFTA e l'Unione Europea.



In votazione popolare il prossimo 26 settembre

Naturalizzazioni agevolate per la seconda e terza generazione

Il prossimo 26 settembre il popolo svizzero sarà chiamato alle urne per esprimersi su alcuni temi tra i quali la nuova legge sul congedo maternità e la naturalizzazione agevolata per gli stranieri della seconda e terza generazione. In questo articolo prenderò in considerazione la proposta di legge sulla naturalizzazione.

da Valerio Modolo

La naturalizzazione agevolata per le giovani generazioni è un tema molto dibattuto in Svizzera. Il parlamento se ne è già occupato nel 1983 e nel 1994 elaborando alcuni progetti che furono respinti in votazione popolare. Nel 1994 la votazione fu respinta solo perché mancava la maggioranza dei cantoni. Da allora molti cantoni hanno modificato la loro legislazione in materia di naturalizzazione, facendo proprie alcune proposte respinte in votazione popolare.

Il Consiglio Federale ha incaricato un gruppo di lavoro di esaminare le varie proposte di legge sulla naturalizzazione. Dalla procedura di consultazione con le cerchie interessate è emerso un progetto di legge che, dopo essere stato discusso ed approvato dai due rami del parlamento, verrà messo in votazione popolare il prossimo 26 settembre. Il progetto di legge, deliberato dal parlamento riguarda i seguenti testi:

- Naturalizzazione agevolata per la seconda e terza generazione
- Riduzione del termine di residenza
- Semplificazione delle procedure
- Armonizzazione delle tasse di naturalizzazione

In sostanza si voterà su due articoli costituzionali che vogliono offrire ai giovani stranieri della seconda e terza generazione, la possibilità di acquisire la cittadinanza svizzera in modo agevolato e alle stesse condizioni in tutta la Svizzera.

Naturalizzazione agevolata per i giovani della seconda generazione

Questo progetto prevede di dare la possibilità ai giovani della seconda generazione di accedere alla cittadinanza svizzera in modo agevolato tra il 14° e il 24° anno di età, purché risiedano da almeno otto anni in Svizzera, abbiano frequentato almeno cinque anni della scuola dell'obbligo



in Svizzera e posseggano un permesso di dimora o di domicilio. I richiedenti devono inoltre risiedere nel comune di naturalizzazione da almeno due anni, parlare una lingua nazionale, conformarsi all'ordine giuridico ed essere ben integrati. In questo progetto viene presa in considerazione anche una procedura semplificata per la naturalizzazione ordinaria. Oggi una procedura per la naturalizzazione può durare anni, infatti viene analizzata da più istanze, a livello federale, cantonale e comunale. Con questo progetto si vogliono snellire e semplificare le procedure burocratiche a livello federale, lasciando però ai cantoni e ai comuni le rispettive competenze.

Terza generazione: Cittadinanza dalla nascita

La terza generazione di stranieri ha legami molto forti con la Svizzera. La maggioranza conosce solo questo paese ed ha pochi legami con il paese di origine dei propri genitori. Il legislatore ha voluto dare la possibilità ai bambini di acquisire la cittadinanza sin dalla nascita se i genitori daranno il consenso.

Cosa si prefiggono questi due progetti in votazione

Con questi due progetti si vuole portare ordine a livello federale per le procedure di naturalizzazione. Attualmente si deve passare attraverso numerose istanze a livello federale, cantonale e comunale con procedure severe e complicate, inoltre a seconda dei comuni bisogna avere buone disponibilità finanziarie. Questa burocrazia scoraggia molti giovani nati e cresciuti e integrati in questo paese che si differenziano dai loro coetanei svizzeri solo perché hanno un passaporto straniero. Per andare incontro a queste esigenze, il Consiglio federale e il parla-

mento hanno proposto di dare ai giovani la possibilità di naturalizzarsi alle stesse condizioni e con procedure semplificate in tutta la Svizzera, pagando una tassa che serva solo a coprire la spesa. Pur non essendo la soluzione migliore che noi auspichiamo per i problemi della naturalizzazione, riteniamo queste proposte un primo passo nella giusta direzione. Per questo dobbiamo mobilitarci per sostenere questi progetti, che se accettati in votazione popolare, entreranno in vigore nel 2006.

Cosa cambia per la prima generazione

La naturalizzazione agevolata non dovrebbe riguardare solo la seconda e terza generazione, ma dovrebbe essere estesa anche alla prima generazione, soprattutto a quelle persone che risiedono in Svizzera da 20-30 o più anni e si sono bene integrate. Queste persone che hanno passato i migliori anni della propria vita in questo paese e si sentono parte integrante, dovrebbero avere la possibilità di naturalizzarsi senza pagare cifre astronomiche e senza perdere la propria cittadinanza che per molti significa perdere la propria identità.

È frustrante per molte persone contribuire in modo determinante allo sviluppo di questa società, senza avere i diritti politici, senza poter esprimersi su temi che interessano tutti e inoltre veder sbarrate le possibilità di accedere a certe professioni.

Per coloro che si sono integrati in questa società e che per moltissimi anni hanno adempito ai propri doveri, pagando le imposte e rispettando le leggi di questo paese, la naturalizzazione dovrebbe essere un diritto, come nella stragrande maggioranza dei paesi occidentali, non qualcosa che si debba comprare a caro prezzo. Bisogna anche tener presente che molte persone che sarebbero disposte a pagare una certa cifra pur di ottenere la naturalizzazione, non hanno i mezzi per farlo, mentre altri che risiedono da moltissimi anni in questo paese e desiderano essere cittadini a pieno titolo, non sono disposti a comprare a caro prezzo quello che ritengono essere un diritto. Perciò cerchiamo di sensibilizzare coloro che hanno la possibilità di votare. Anche se questi progetti in votazione non risolveranno tutti i problemi, portano però dei cambiamenti importanti che faciliteranno a molti giovani stranieri il ritrovare la loro identità.

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera Italiana

www.forumonline.ch

No. 221 Settembre 2004

Lydia Hässig

La nostra candidata per il presidio della «Schulpflege» di Uster



P.P. Uster